

**Wir brauchen eine neue Agenda,
eine Agenda der sozialen
Gerechtigkeit.**

**Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL
SPD-Landes- und
Fraktionsvorsitzender Hessen**

Es gilt das gesprochene Wort!

**Wir brauchen eine neue Agenda,
eine Agenda der sozialen
Gerechtigkeit.**

Anrede

wie wollen wir leben, um nicht mehr oder weniger geht es heute auf diesem Parteitag. Und deshalb wird es heute grundsätzlich.

Der 9. November war schon immer ein Schicksalstag der Deutschen – die Novemberrevolution 1918, die Reichspogromnacht 1938, der Fall der Mauer am 9. November. Dieser Tag erinnert uns an die Zerbrechlichkeit von Demokratie, Freiheit und Toleranz, er ist eine Erinnerung an die Zerbrechlichkeit von solidarischen Gesellschaften. Aber er erinnert uns auch daran, wozu wir in der Lage sind, wenn wir den sozialen Zusammenhalt ins Zentrum unserer Anstrengungen stellen.

Donald Trump ist am 9. November 2016 zum nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden.

Wenn wir nach dem Brexit noch einen Beweis dafür brauchten, dass sich die Nachkriegsordnung vor unseren Augen auflöst, hat ihn diese Wahl geliefert. Auch Politik funktioniert nicht einfach mehr nach unseren alten Regeln. Es verbieten sich Schnellschüsse, es muss erlaubt sein, auch mal innezuhalten und nachzudenken, wie es eigentlich weitergehen soll mit unserem Selbstverständnis, mit unserer Art, Politik zu gestalten, mit den Antworten, die überholt sind. Wie soll es weitergehen mit unserer Zukunft?

Gerade erleben wir, dass viele Menschen in die SPD eintreten - 103 allein in den letzten Wochen in Hessen. Das ist ein unglaublich gutes Zeichen – die Sozialdemokratie wird noch immer so wahrgenommen, wie sie vor mehr als 150 Jahren angetreten ist. Als Anwältin der Arbeiterschaft und des

Handwerks, als Partei derer, die in den herrschenden politischen Verhältnissen keine Rolle spielten.

Uns wird auch heute noch grundsätzlich zugetraut, dass wir wider den Populismus wirken können, dass wir Menschen abholen können, dass wir in der Lage sind, die Gesellschaft wieder zu einen, so zu gestalten, dass sie sich nicht teilt in „die da oben“ und „die da unten“. Das ist ein unglaublicher Vertrauensvorschuss, für den ich persönlich sehr dankbar bin. Vertrauen, genau darum geht es!

Lasst uns dieses Vertrauen nicht verspielen! Der Kampf um den Zusammenhalt, um Solidarität und um unsere Zukunft beginnt heute hier.

Europa wurde in den letzten Jahren von zwei großen Krisen bestimmt. Da ist die Banken- und Finanzmarktkrise, die noch immer nicht überwunden ist. Was haben die Menschen aus unserem Umgang mit der Krise mitgenommen? Das Gefühl, die Politik dient nicht mehr ihnen, sondern sie dienen der Politik. Denn nichts anderes war die Erfahrung der Europäer:

Die Menschen sind nicht sicher, sondern Banken sind sicher. Sie werden nicht gerettet, sondern Banken werden gerettet.

Es geht nur um Institutionen, ausgehöhlt, ohne Vision, ohne Inhalt.

Die Finanzmarkt- und Bankenkrise ist nicht vorbei. Finanzminister Schäuble hintertreibt in diesen Tagen wieder einmal eine konsequente Klärung. Mit einem Persilschein im aktuellen Finanzbrief des BMF schützt er die Banken vor hohen Steuernachforderungen wegen illegaler CumCum-Geschäfte. Was da gerade passiert, ist eine Sauerei.

Dann die große humanitäre Krise der Geflüchteten vor Europas Toren. Ein unerträglicher Zustand, auf den Europa keine Antwort findet. Ein Scheitern der solidarischen Gesellschaften um uns herum. Menschlich unerträglich. Das Wiedererstarken des Fremdenhasses in Deutschland. Das Erstarken einer undemokratischen Partei, die, Trump folgend, einfache Antworten auf komplexe Probleme gibt, vielen alles verspricht, Minderheiten verachtet und Frauen erniedrigt.

Dieser Landesparteitag tagt in Hanau. Eine der Städte, die für sich in Anspruch nimmt, Stadt der Gebrüder Grimm zu sein. Die Gebrüder Grimm waren aber nicht nur Märchenerzähler. Sie waren Freiheitskämpfer, das habe ich am Anfang kurz erwähnt. Sie ließen sich von Ernst August von Hannover nicht unterkriegen und protestierten als die „Göttinger Sieben“ gegen die Selbstherrlichkeit des Königs, der eben keine konstitutionelle Monarchie wollte und das hannoversche Staatsgrundgesetz deshalb aufheben ließ. Die Professoren wurden gegen die Proteste der Studenten abgesetzt und des Landes verwiesen. An der Werrabrücke in Kurhessen warteten Hunderte von Studenten und empfingen ihre vertriebenen Lehrer. Sie spannten die Pferde von den Kutschen und zogen die Fuhrwerke persönlich über die Brücke. Als Jacob Grimm einem kleinen Jungen die Hand anbot, der sie verschüchtert ablehnte, soll ihn seine Großmutter mit dem Satz ermuntert haben: „Gib dem Herrn eine Hand, er ist ein Flüchtling.“

Das war vor 179 Jahren. Vor 27 Jahren war fast ganz Hessen auf den Beinen und an der innerdeutschen Grenze und empfing nach dem Fall der Mauer Tausende DDR-Bürgerinnen und -Bürger mit offenen Armen. Sie mussten nicht mehr fliehen.

Am Fluchtprinzip hat sich nichts geändert. Menschen fliehen vor Verfolgung, vor Vertreibung, vor Hunger und vor Tod. Heute müssen in diesem Land Menschen nahezu wöchentlich erleben, dass sie angefeindet werden, weil sie anders aussehen, weil sie anders lieben, weil sie andere Überzeugungen haben, weil sie an einen anderen Gott glauben. Dies war vor 179 Jahren nicht hinnehmbar und ist es heute erst recht nicht. Dies sind wir der Geschichte unserer Partei schuldig. Heute, morgen, solange wir uns dieser Partei der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität verpflichtet fühlen.

Wo es keine Obergrenze für Leid gibt, kann es keine Obergrenze für Mitgefühl geben.

Wer über den Marktradikalismus nicht reden will, soll über Fluchtursachen und Rechtspopulismus schweigen. In Anlehnung an Max Horkheimer sage ich, dass es um mehr als einzelne Themen gehen muss. Es geht um Grundordnung, Menschenbild und Demokratie.

Diese Krisen zwingen uns zum Handeln, wenn wir nicht alles verlieren wollen, wofür gerade Sozialdemokraten seit langer Zeit kämpfen. Politik ist kein Selbstzweck. Politik ist ein Mittel, die Gesellschaft so zu gestalten, dass immer mehr Menschen sich darin wiederfinden und eine Perspektive für sich und ihre Kinder sehen. Haben wir versagt? Die Wahl von Donald Trump sowie auch die Entscheidung Englands, aus der Europäischen Union auszutreten, zeigt uns mehr als alles andere: Menschen haben Angst.

Es gibt zu viele Menschen um uns herum, deren Leben von Angst bestimmt wird, von der Angst, abgehängt zu werden, von der Angst, abzurutschen, abzustiegen, ihre Zukunft zu verlieren. Die Welt wird komplizierter, die Grenzen verwischen, nichts scheint mehr sicher.

Aber jeder von uns will einen Platz in der Welt, der sicher ist, geschützt und der verteidigt wird, von dem wir nicht einfach weggewischt werden können. Wir alle wollen gesehen werden.

Genau das ist das Versprechen von Trump, von Farage, von Le Pen und wie sie nicht alle heißen, die Dreikäsehoch-Faschisten: Ich sehe euch. I am your voice.

Sie werden ihre Versprechen nicht erfüllen können. Kein einziger dieser Demagogen wird auch nur ein Wort von dem, was sie versprechen, wahr machen können, das hat man direkt nach der Entscheidung Englands zum Austritt aus der Europäischen Union gesehen. Die Enttäuschten werden nochmals enttäuscht.

Wir werden das nicht zulassen. Und wir haben die Antworten! Wir sind die Partei der sozialen Sicherheit. Wir sind nicht nur die Partei der gesellschaftlichen Mitte. Wir sind überhaupt nicht nur für irgendeinen bestimmten Teil der Gesellschaft da, wir sind für alle Menschen da. Beherztheit ist ja so ein altmodisches Wort, das Gegenteil von gechillt. Wir sind jetzt mal fertig mit Chillen, jetzt geht es um die Wurst!

Wir dürfen uns nicht weiter entfernen, sondern müssen wieder beherzt auf die Menschen zugehen, und zwar jeder Einzelne von uns, der hier heute im Saal ist. Lasst uns rausgehen und auf die Menschen zugehen. Sprecht eure Nachbarn an, sprecht mit der Kassiererin im Supermarkt, sprecht mit den Lehrerinnen und Lehrern eurer Kinder! Zu viele haben Angst, das können wir nicht zulassen. Zu viele fühlen sich unsichtbar, das können wir nicht akzeptieren.

Es ist an der Zeit, grundsätzlich zu werden. Wir sind in einer Wertedebatte, was heißt, Debatte, wir befinden uns mitten in einem Kampf um unsere Werte.

Nicht Werte einer Religion, für Europäer sind es die Werte der europäischen Aufklärung!

Wir Sozialdemokraten haben für diese Werte gekämpft, viele Genossinnen und Genossen sind für diese Werte diskriminiert, erniedrigt, verfolgt, verhaftet oder ermordet worden!

Solidarität mit unseren Brüdern und Schwestern in den Gefängnissen dieser Welt.

Gleichheit. Freiheit. Toleranz. Brüderlichkeit. Solidarität. Uns ist die enorme Verantwortung gegeben, diese Werte nun zu verteidigen und zu schützen. Es nicht zuzulassen, dass jemand Angst haben muss wegen seiner Hautfarbe, Religion, seiner Art, sich zu kleiden, oder wegen seines Geschlechts diskriminiert wird.

Wir müssen hier grundsätzlich reden, auch um ein Zeichen zu setzen. Wir werden nicht länger zurückweichen, zu lange waren wir alle in einer Rückwärtsverteidigung.

Das wird man doch noch mal sagen dürfen.

Es geht um nicht weniger als die Welt, in der wir leben wollen. Wir sind verantwortlich für einen Gegenentwurf zu den einfachen Antworten, zu den schlichten Ideen, zu den nostalgischen Entwürfen! Schlicht um einen Gegenentwurf zur rechten Attacke gegen unsere Idee von Zusammenhalt, Respekt und Demokratie.

Wollen wir eine Gesellschaft, in der Misstrauen herrscht, in der wir uns einigeln, in der nicht nur Minderheiten bedroht werden, sondern auch Frauen ein sexistischer und herablassender Ton entgegenschlägt? In der die nostalgische Sehnsucht nach einer kuscheligen Vergangenheit, die es so niemals gegeben hat, die Politik bestimmt? In der Abschottung, Isolation, Fremdenfeindlichkeit zu beliebigen Instrumenten der Herrschenden werden?

Wenn wir uns der Verantwortung stellen, müssen wir auch innehalten und eingestehen: Wir haben nicht alles richtig gemacht.

Aber es ist nie zu spät für Veränderung. In den USA wollten viele Wählerinnen und Wähler der Demokraten nicht, dass Hillary Clinton ihre Kandidatin wird, und sind deshalb einfach nicht zur Wahl gegangen. Die Wünsche der Parteigranden waren nicht die Wünsche der Basis. Keiner der etablierten republikanischen Kandidaten ist gewählt worden, sondern zum Entsetzen aller: Donald Trump. Diese Wahl ist auch schlicht ein totales Versagen des Establishments. Ein Versagen einer sich selbst als Elite verstehenden Gruppe.

Anrede

was treibt denn die Menschen in die Arme derer, die mit Ausgrenzung, Herabwürdigung, Abwertung, Rassismus und Nationalismus Politik machen wollen? Es ist das Gefühl mangelnder Sicherheit! Vor allem: fehlender sozialer und kultureller Sicherheit!

Diese Unsicherheit ist in den letzten 20 Jahren entstanden, in denen die Marktradikalen den Diskurs bestimmt haben. Markt ist gut, Politik und Staat sind schlecht.

Wir waren nicht vollständig immun gegen den Virus des Marktradikalismus, der den sozialen Zusammenhalt zerstört.

Der Marktradikalismus ist gescheitert, aber er ist nicht weg. Er ist nicht besiegt.

Manche setzen Marktradikalismus immer noch mit Wirtschaftskompetenz gleich, das ist aber falsch. Die zunehmende Ungleichheit verhindert Wohlstand und Wachstum.

Die Marktradikalen erzählen dann immer von Eigenverantwortung. Ich bin sehr für Eigenverantwortung, jeder muss sich selbst anstrengen und einbringen. Für die Marktradikalen wird aber Eigenverantwortung übersetzt mit: „Kümmere dich gefälligst selbst um dich, wir haben keine Verantwortung für dein Leben.“

Eigenverantwortung für uns heißt aber, Menschen zu stärken, sie zu fördern, sie nicht alleine zu lassen. Rahmenbedingungen zu schaffen, die Chancengleichheit herstellen und Teilhabe möglich machen.

Das ist die Richtungsentscheidung, vor der wir stehen: Lassen wir Menschen alleine und überlassen sie sich selbst oder sind wir solidarisch und helfen jemanden auf, wenn er gestürzt ist.

Anrede

diesen Kampf gewinnen wir nur mit Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein. Im Reformationsjahr darf man sich auch mal bei Martin Luther bedienen, der das wunderbar auf den Punkt gebracht hat: Aus einem verzagten Arsch entweicht kein fröhlicher Furz.

Wir werden nicht dafür gewählt, wenn wir nur erklären, warum die anderen es nicht können. Wir müssen die Orientierung geben.

Anrede

wir brauchen eine neue Agenda!

Eine Agenda der sozialen Gerechtigkeit!

Ich weiß, dass auch an dieser Stelle manche von euch zusammensucken. Die Debatte um die Agenda 2010 lähmt bis heute Teile der Partei und unserer Wählerschaft. Für die einen ist die Agenda 2010 ein Teufelswerk und für die anderen ein Wunderwerk. Am Ende haben auch beide Seiten ein bisschen recht.

Die Agenda 2010 ist ein Reformwerk, das sagt schon der Name, das auf eine Zeit sechs Jahre zurück ausgerichtet war. Die ist rum, vorbei. Sie war ausgerichtet auf eine Zeit, in der die Digitalisierung noch nicht so weit war. Tablett-PCs und Smartphones sind um 2010 eingeführt worden. Auch das ist sechs Jahre vorbei, die Arbeitswelt hat sich aber drastisch geändert.

Wir müssen heute eine Antwort darauf geben, wie wir unter den Bedingungen von Globalisierung und Digitalisierung den Sozialstaat neu ausrichten. Neu ausrichten, um Menschen die Sicherheit zu geben, sich auf die Veränderungen einzulassen.

Angst ist immer ein schlechter Ratgeber, individuell und gesellschaftlich. Deshalb müssen wir Angst vor sozialem und kulturellem Abstieg auffangen.

Lasst mich einige wenige Punkte ansprechen, die ich meine.

200.000 Beschäftigte in der deutschen Automobilindustrie werden in den kommenden zehn Jahren neue Aufgaben und Jobs wahrnehmen. Gleichzeitig wird die Demografie den Arbeitsmarkt weiter verändern. Wir müssen die Qualifikationen der Beschäftigten und der Arbeitslosen stetig verbessern, damit sie eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben.

Das stellt Betriebe und den Staat vor neue Herausforderungen. Ich bin ziemlich sicher, dass die Arbeitsmarktpolitik noch nicht auf Industrie 4.0 ausgerichtet ist.

Der Grundsatz „Fördern und fordern“ war und ist richtig. Mit dem Fordern sind wir ziemlich weit. Aber beim Fördern gibt es deutlich Luft nach oben. Wir wollen den Grundsatz „Fördern und fordern“, bei dem FÖRDERN endlich wieder großgeschrieben wird.

Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik jenseits von Bewerbungstrainings und dem Führerschein für den Gabelstapler.

Damit ich nicht missverstanden werde. Gabelstapler fahren in einem Hochregallager ist eine extrem verantwortungsvolle Aufgabe, ich möchte sie nicht machen. Und wir müssen in dieser Debatte aufpassen, dass nicht alle denken, dass alleine in akademischen Abschlüssen Zukunft und Sicherheit liegt. Erstens ist das nicht so, und zweitens würden wir die Identität unserer Partei infrage stellen, wenn wir gewerbliche, kaufmännische und landwirtschaftliche Berufe geringer schätzen würden. Die Würde der Arbeit entscheidet sich nicht am Diplom!

Aber weil das so ist, müssen wir das FÖRDERN auf Industrie 4.0 und die Dienstleistungsgesellschaft ausrichten.

Das bedeutet auch, dass wir den Ausschreibungswahn und die „Projektitis“ beenden müssen. Wir brauchen gerade auch bei den Fort- und Weiterbildungsangeboten verlässlichere Strukturen und Programme.

Wir müssen aber auch die Angstfaktoren aus der Sozial- und Wirtschaftsordnung entfernen.

Dazu gehört die Abschaffung sachgrundloser Befristungen im Arbeitsrecht.

Dazu gehört, dass Menschen, die jahrelang und jahrzehntelang in die Sozialkassen eingezahlt haben und ihren Beitrag zum sozialen Zusammenhalt geleistet haben, stärker auf die Solidarität vertrauen müssen.

Dass Menschen im ALG-II-Bezug erst mal ihre Ersparnisse aufbrauchen müssen, bevor sie auf die Solidarität vertrauen dürfen, ist gleich zweimal ein fatales Signal. Erstens werden sie bestraft dafür, dass sie für sich und ihre Familien vorgesorgt haben, und zweitens werden sie behandelt, als hätten sie nichts zur Solidargemeinschaft beigetragen. Beides stellt die Prinzipien des sozialen Zusammenhalts infrage.

Ich will das an wenigen Beispielen deutlich machen:

Bausparverträge müssen aufgelöst werden.

Vermögensgrundfreibetrag bedeutet, dass ein 45-jähriger Mann maximal 6.750 € besitzen darf. Der Rest wird angerechnet. Da darf das Auto nicht kaputtgehen.

Sparbücher von Kindern dürfen maximal 3.850 € haben, alles andere wird angerechnet. Ein 17-Jähriger, der von der Geburt an 25 € von seinen Großeltern auf Sparbuch bekommen hat, um Führerschein und erstes Auto zu kaufen, würde viel Geld verlieren.

Bei diesen Themen werden Abstiegsorgen und -ängste real. Sie sind nicht ausgedacht. Diese Regelungen müssen wir reformieren, um Sicherheit zu stärken.

Anrede

wenn in einem Land wie Hessen 14,4 % der 18-Jährigen im Sozialtransfer stehen, und das liegt über dem Bundesdurchschnitt,
wenn in einem Land wie Hessen 16,6 % der unter 6-Jährigen von Sozialtransfers leben, und auch das liegt über dem Bundesschnitt,
dann können wir das nicht ignorieren.

Kinderarmut steigt, und selbst da, wo es keine Sozialtransfers gibt, ist die Lage für einen erheblichen Teil fordernd. Um eine Familie mit Kindern auf das Einkommensniveau eines kinderlosen Paares zu heben, müsste man das Einkommen von Familien mit Kindern um 600 € pro Kind und Monat erhöhen. An diesen Fragen entscheidet sich soziale Teilhabe.

Die Rechte wird kommen und sagen, ein solches Sozialstaatsverständnis öffnet dem Missbrauch Tür und Tor. Und ja, es wird auch Missbrauch von Leistungen geben.

Ich war einige Jahre Büroleiter im Sozialdezernat, ich kannte einige Pappenheimer. Das ärgert einen auch, wenn man nicht rankommt.

Aber das ist eine Minderheit! Eine kleine Minderheit, und ich bin nicht länger bereit, mein Sozialstaatsverständnis an einer kleinen Minderheit auszurichten und jeden des Missbrauchs zu verdächtigen. Das ist im Menschenbild ein fundamentaler Unterschied zwischen uns und der Rechten!

Anrede

wir behandeln auf diesem Parteitag zwei zentrale Bereiche für unser Hessen von morgen: Bildungsgerechtigkeit und Infrastruktur bei Wohnen, Straße und Schiene sowie Breitband.

Vor wenigen Monaten hat mich im Gespräch mit dem Elternbeirat der Stadt Frankfurt eine Vertreterin gefragt, warum wir schon wieder über Reformen reden. Sie hätten die Nase voll, dass jedes Jahr eine neue Reform kommt. Und damit hat sie recht, es gibt eine gewisse Reformmüdigkeit, weil jedes Jahr eine neue Idee in die Schulen getragen wird.

Meine Antwort war, solange die Herkunft strukturell über Bildungswege von Kindern entscheidet, solange muss man über Reformen reden. Nach einer aktuellen Erhebung gelten 18,5 % der 15-jährigen Schüler als funktionale Analphabeten. Jedes Jahr verlassen bis zu 150.000 Schüler die Schule mit diesem Befund. Wir wollen nicht, dass das so bleibt.

Unser Anspruch bleibt, dass die Herkunft eines Kindes nicht über den Bildungsweg eines Kindes entscheiden oder von Glück oder Zufall abhängig sein darf. Ich warne uns davor, diese Frage mit einer neuerlichen Strukturdebatte zu beantworten. Ich bleibe dabei, dass es mehr darauf ankommt, was im Klassenzimmer passiert, als auf das Türschild an der Klassentür.

Den Anspruch auf mehr Bildungsgerechtigkeit hatte die CDU nie, und Bündnis 90/Die Grünen haben diesen Anspruch inzwischen weitgehend aufgegeben.

Wir wollen gebührenfreie Bildung von Anfang an. Das haben wir vor der Wahl gesagt und nach der Wahl. Das beantragen wir auch für die anstehende Verfassungsreform.

Apropos Verfassungsreform, dass die Grünen jetzt unter der Überschrift „gebührenfreie Bildung“ beantragen, Studiengebühren nur für den Bachelorabschluss auszuschließen, macht abermals deutlich, dass sie ihre Ansprüche nach und nach aufgeben.

Wir wollen deshalb mehr Ganztagschulen, echte Ganztagschulen. Das schwarz-grüne Gegenmodell des Pakts für Nachmittagsbetreuung ist nichts anderes als „Schulgeld am Nachmittag“.

Wir brauchen mehr politische und kulturelle Bildung in unseren Schulen. Wenn wir emanzipierte junge Menschen ausbilden wollen, dann muss es eine deutliche Verbesserung geben. Auch das ist ein Beitrag gegen Populismusanfälligkeit.

Wir brauchen aber auch mehr Berufsorientierung in den allgemeinen Bildungsgängen. Ich wiederhole mich, wenn ich sage, wir stehen für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.

Über die ersten Eckpunkte werden wir gleich diskutieren.

Anrede

unser zweiter Schwerpunkt liegt bei Infrastruktur: Bezahlbarer Wohnraum, Verkehrswende und Digitalisierung sind die Kernbereiche. Ich will nur zur Verkehrswende und Industriepolitik einige Bemerkungen machen:

Die Energiewende ist die kleine Schwester der Verkehrswende. Die Aufgabe ist noch größer als die Energiewende. Man erwartet, dass 200.000 Mitarbeiter der Automobilindustrie in den kommenden zehn Jahren neue Aufgaben und Jobs haben werden. Die Automobilindustrie ist das Rückgrat unserer Industrie!

Welche Gefahren es dafür gibt, sehen wir in der Diesel-Affäre. Das Ende der Strategie bedeutet erhebliche Probleme, und die Zeche zahlt mal wieder nicht das Management, sondern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

E-Mobilität wird mit hohem Tempo und brachialer Gewalt kommen, alleine die Chinesen werden mit ihren Ankündigungen die Automobilindustrie zwingen. Aber ein vollwertiger E-Golf kostet, wenn VW damit etwas verdienen will, rund 40.000 €. Das ist sehr viel Geld für viele Haushalte. Vor dieser neuerlichen Spaltungslinie dürfen wir die Augen nicht zumachen.

Wir stehen vor wirklich wichtigen Entscheidungen, die weder die Automobilindustrie noch die Gewerkschaften, noch die Kommunen oder eine Regierung alleine lösen können. Wir brauchen eine gemeinsame Strategie. Eine gemeinsame Strategie für den Individualverkehr und den ÖPNV.

Wir brauchen auch für Hessen einen Plan. Einen echten Hessenplan zur Verkehrswende, der weniger auf Plaketten und PR setzt, sondern auf reale Veränderungen.

Anrede

wir leben in einer Zeit des Wandels.

Wir erleben einen ungeheuren Druck von rechts.

Wenn wir trotz dieser Veränderungen und des Drucks von rechts erfolgreich sein wollen, müssen wir Sozis an drei Antworten arbeiten:

Wie modernisieren wir unsere Volkswirtschaft so, dass wir auch in zehn Jahren noch erfolgreich arbeiten, zugleich aber wieder mehr soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit schaffen?

Wie gelingt es uns, nicht nur international zu reden, sondern auch zu handeln. Dabei geht es an allererster Stelle um eine gemeinsame Idee für Europa.

Wie ändern wir das paternalistische Bild einer „Wir machen für euch Politik“-Partei zugunsten von mehr Beteiligung an der Entwicklung und Umsetzung sozialdemokratischer Politik.

Hanau ist die Stadt der Brüder Grimm. Darauf habe ich bereits hingewiesen. Die Märchen der Brüder Grimm beginnen immer mit der Formulierung „Es war einmal ...“

Wenn wir wollen, dass die Erzählungen zukünftig heißen

Es war einmal Donald Trump ...

Es war einmal PEGIDA ...

Es war einmal AfD ...

Es war einmal Bildungsbenachteiligung ...

Es war einmal Kinderarbeit ...

Es war einmal Zukunftsangst ...

... dann dürfen wir uns nicht auf Märchen verlassen. Lasst es mich mit einer Strophe aus einem alten Lied der Arbeiterbewegung formulieren:

„Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun.“

Fangen wir endlich an. Glück auf!